

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, November 2009

59. Jahrgang, Nr. 685

9. NOVEMBER – zwanzig Jahre nach dem Mauerfall großes Aufsehen

Viele Berichte, Kommentare und Gedenkveranstaltungen erinnern an „jene Nacht“

9. November 2009 – zwanzig Jahre Mauerfall, wer sich bislang nicht um diesen Tag gekümmert hat, an wem dieses Datum in all den Jahren quasi unbemerkt vorbeigezogen ist, der wurde in diesem Jahr mit der vollen Macht der Medien darauf gestoßen. Selbst im hintersten Schwaben oder im Saarland kam man an den Anekdoten und Erinnerungen, an den Filmberichten und Interviews, die über fast sämtliche Sender ausgestrahlt wurden, nicht vorbei. Dies ist zum einen gut so, denn die Erinnerung an die SED-Diktatur, die mit ihren Repressalien und Lächerlichkeiten durchaus realistisch dargeboten wurde, kann den Menschen im In- und Ausland nicht oft genug vorgeführt werden. Zum anderen muss man die Frage stellen, ob denn unbedingt ein zahlenmäßig rundes Gedenkjubiläum anstehen muss, um den Menschen in diesem Land geschichtliche Zusammenhänge begreiflich zu machen. Man sollte dies viel öfter, viel eindringlicher und natürlich auch unter der Zeugenschaft der einstmaligen Beteiligten tun. Denn in Vielem, das wir an und um jenen 9. November 2009 geboten bekamen, wurde klar, dass der Zusammenbruch der DDR, die Öffnung der Mauer, die Wehrlosigkeit der SED-Greise und der Mut der Massen keine Selbstverständlichkeit waren. Es hätte vor zwanzig Jahren durchaus anders kommen können, wiewohl sich die couragierte Front der Demonstranten mit breiter Spiralwirkung in das Bild der Öffentlichkeit bohrte und letztlich auch nicht mehr

mit Gewalt zu bekämpfen gewesen wäre. Jenes Zeitfenster jedoch, das damals geöffnet wurde, war schmal und hätte schon bald wieder geschlossen sein können. Und jene Wirren, die sich um die öffentlich verlesene Presseerklärung Günter Schabowskis entspannten und über die man heute noch schmunzeln mag, sind alles andere als eine geschichtliche Gesetzmäßigkeit.

In der Tat fanden vor, am und sogar nach dem 9. November 2009 diverse Gedenk- und Aufklärungsveranstaltungen statt. Schulklassen, Kirchenkreise und breite Bevölkerungsteile wurden einbezogen. Allein in Cottbus veranstaltete das Menschenrechtszentrum eine Veranstaltung mit riesiger Resonanz, die wegen der Vielzahl der auftretenden Zeitzeugen sogar noch einen zweiten Schauplatz bekam, der sich in der kleinen Spreewaldstadt Burg befand. Dort traten im neu gegründeten DDR-Museum der Liedermacher Rainer Schottländer („Schotti“), das einstige Renft-Combo-Mitglied Christian Kunert („Kuno“) und Fg-Redakteur Alexander Richter auf. Während Richter aus seinem jüngst erschienenen Buch „Der lange Arm der Stasi“ las, präsentierte „Kuno“, leider inzwischen taub, ein Video aus den Glanzzeiten, in denen er gemeinsam mit dem viel zu früh verstorbenen Combo-Mitglied Gerulf Panach auftrat.

Der Liedermacher „Schotti“, ehemals politischer Häftling der DDR, sorgte mit Kostproben aus seinem Schaffen für Abwechslung, Geden-

ken und für einen optimistischen Ausblick – trotz rotrotem Regierungsbündnis in Brandenburg – auf Verbesserungen auch für ehemalige politische Häftlinge der SED-Diktatur. In Potsdam wiederum organisierte das Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR die jährlich stattfindende „Mauerwanderung“ am Griebnitzsee, an der sich die Landtagsabgeordnete Linda Teuteberg, die sich persönlich stark für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte einsetzt, aktiv beteiligte.



Gute Stimme, gutes musikalisches Gefühl und unterhaltend ironische Texte, mit diesem Rüstzeug wünscht die Fg dem sympathischen Liedermacher „Schotti“ viel Publikum.

Ein Dankeschön vor allem an Siegmund Faust, der sich organisatorisch um das Gelingen des Gedenkens am 9. November in Cottbus mühte. Das Fazit jedenfalls heißt: fortsetzen, nicht nur an runden Gedenktagen.

B. Thonn

Das Redaktionswort dieser Ausgabe möchte ich mit einem Dank an die UOKG beginnen. Der Dachverband hat am 9. November recht kurzfristig eine Gedenkveranstaltung am Potsdamer Stasi-Knast „Lindenhotel“ initiiert, um einem Bürgerfest an der Glienicker Brücke Paroli zu bieten und dem Protest breiter Teile der Bevölkerung gegen eine rotrote Landesregierung in Brandenburg Ausdruck zu geben. Einer der Redner an der Glienicker Brücke sollte Matthias Platzeck sein, Ministerpräsident, gewählt mit den Stimmen der Linken und seiner eigenen SPD. Matthias Platzeck ist jedoch wegen einer Erkrankung erst gar nicht erschienen, und so traten Berlins Bürgermeister Wowereit und Gunter Fritsch, Präsident des Brandenburger Landtags, als Redner auf. Auf einem Plakat von Protestierenden (Foto S. 3) wurde die Vermutung geäußert, Platzeck sei etwa an „Rotrot“ erkrankt; möglicherweise war ihm aber auch der Gegenwind, der ihm seit Bekanntgabe seiner Koalitionsabsichten ins Gesicht blies, nicht bekommen.

Dass die Veranstaltung der UOKG, die als Protest gegen Rotrot und als Gedenken an die Stasi-Häftlinge und Diktatur-Verfolgten stattfand, von vielen Menschen begrüßt wurde, zeigte die rege Teilnahme von mindestens 200 Bürgerinnen und Bürgern. Man sieht: Das

Gewissen im Volk ist nicht erloschen, und man erkennt zugleich, dass es möglich ist, auch unter den Verbänden der SED-Opfer wieder zusammenzuarbeiten. Dies stimmt nicht nur mich für die kommenden Aufgaben zuversichtlich.

Auf ein Wort des Redakteurs

Nachzutragen bleibt übrigens auch die Wirkung der Rede, die der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner bei der Anhörung zur Benennung eines Landesbeauftragten im Sommer vor den damaligen Brandenburger Landtagsfraktionen gehalten hat. In dieser Rede wurden die Interessen und Bedürfnisse, die Nöte und Ansichten der SED-Opfer unmissverständlich artikuliert. Dies wurde selbst von neutralen Zuhörern bestätigt.

Seit damals hat man – außer einer Falschmeldung – übrigens kaum etwas zur Thematik Landesbeauftragter in Brandenburg gehört, so dass sich auch auf dieser Strecke ein gemeinsames Betätigungsfeld für die Opferverbände ergäbe.

Der 9. November ist nun vorüber, doch es stehen genügend weitere Aufgaben und Gedenken an. Zwanzig Jahre Deutsche Einheit, dies ist

einer der Eckpunkte, die uns erwarten. Ein anderes Ereignis von enormer politischer Bedeutung ist die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai nächsten Jahres. Bereits jetzt haben sich die Parteien in die Startblöcke begeben. Allen voran die Linke, die mit ihren Parolen und Programmpunkten ein einziges Ziel verfolgt: die Ablösung von schwarzgelb, sprich von der Regierungskoalition aus CDU und FDP. Die Ziele, die sie formuliert, sind hochgesteckt. Egal, dass sie – im Rahmen einer Landesregierung – niemals durchsetzbar sein werden, fordern sie doch aufmerksam und Interesse heraus. Allein eine Entzweiung der Energiekonzerne wäre auf Landesebene nicht möglich. Die Freigabe von Drogen, die ebenfalls auf der Wunschagenda steht, wäre ein Verbrechen an den Jugendlichen. Aber diese Partei versucht es mit Mitteln, die wir aus SED-Zeiten gut genug kennen: Agitation ist alles, Genauigkeit und Wahrheit bedeuten wenig.

Es wäre schade, wenn sich die SPD, die sich nach dem Parteitag Mitte November neu aufgestellt haben will, den Pakt mit dieser Partei – ob als Koalition oder in der Minderheitsregierung – eingehen sollte. Nicht nur NRW, sondern auch für diese Partei selbst.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Nicht tiefer fallen als in Gottes Hand oder gleiches Gedenken für alle?

Der Selbstmord – kein Sonderfall mehr für die evangelische Kirche?/von Dr. Alwin Haug

Einen Tag, nachdem die Feierlichkeiten des zwanzigsten Jahrestages des Mauerfalls hinter uns lagen, kam die Nachricht vom Freitod des deutschen Fußballtorwarts Robert Enke. Eine bestürzende Nachricht, ein äußerst trauriges Ereignis. Zugleich ein Ereignis, das für die Medien wie ein fetter Happen zur Berichterstattung wirkte und den offiziellen Stellen des Landes Anlass für öffentliche Kondolenz und Würdigungen eines Fußballtorwarts, eines Großverdieners mit sicherlich auch großen menschlichen Werten gab. Selbst die Kirche, die ansonsten mit Selbstmördern – welch böses Wort – wenig oder nichts im Sinn hat, erwies dem toten Enke eine riesige letzte Ehre,

indem die frisch gekürte Bischöfin Margot Käßmann im Trauergottesdienst predigte. Sie sagte: „Man kann nicht tiefer fallen als in Gottes Hand.“ Das klingt tröstend, ob es für die Hinterbliebenen Trost bringt, mag dahingestellt bleiben.

Nicht dahingestellt bleibt die Frage, ob man in der evangelischen Kirche nicht etwa mit zweierlei Maß misst. Ich erinnere an Oskar Brüsewitz, der sich auch umbrachte. Aber nicht weil er Depressionen hatte – und wenn doch, dann aus zutiefster Sorge um eben jene evangelische Kirche in Deutschland, in der DDR, noch mehr jedoch um ganze Generationen junger Menschen – sondern weil Oskar auf die kommunistische Tyrannei in der

DDR aufmerksam machen wollte. Die evangelische Kirche verweigert Brüsewitz nach wie vor die posthume Einkehr unter ihr Dach. Als vor vier Jahren ihre Vertreter zur Eröffnung der Brüsewitz-Ausstellung im westfälischen Saerbeck geladen wurden, hieß es, dafür sind wir nicht zuständig. Ein Jahr später wurde dieselbe Ausstellung unter Mitwirkung von Gerhard Ruden in Melle in Niedersachsen eröffnet. Seltsamerweise hatte an genau jenem Tag die komplette zuständige Kirchenleitung einen Termin in Leipzig beim Konvent.

Das ist der Unterschied: In Gottes Hand wird jeder aufgefangen. In den Händen der evangelischen Kirche anscheinend nicht.

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

Der 9. November heute und vor 20 Jahren
Betrachtungen, Zusammenfassungen

Redaktionsthema:

Rot-Rot und andere Peinlichkeiten 2

Das Maß ist letztlich doch verschieden
Darf man Selbstmörder ungleich behandeln? 2

Würdigung des oppositionellen Widerstands
VOS-Vorstand mit einem Grußwort 4

Endlich sichtbares Zeichen der Aufarbeitung
Ausstellung über das Zuchthaus Brandenburg 4

Potsdamer Forum und Malteser arbeiten gemeinsam generationenübergreifend auf
Gelungene Veranstaltung im alten „Pionierhaus“ 5

Schüler waren aufmerksam wie selten
Zeitzeugen im Bielefelder Ratsgymnasium 5/6/7

Immer noch Geschichtsverfälschung
Über die alten Straßenschilder der neuen Bundesländer 7

Was wir brauchen, sind Anlaufstellen
Hessen könnte für alte Bundesländer Vorreiter werden 8/9

Weitere Schicksale von Verschleppten
Zweiter Band von „Abgeholt und verschwunden“ 10

Die Mauer von Schönberg
Ex-Hamburger bringt alte Kader ins Stolpern 11

W i c h t i g

Zu diesem Bericht gibt es einen Link des NDR auf youtube im Internet unter
<http://www.youtube.com/watch?v=rEctCe02rN8>

- Kurzmeldungen 8
- Zitate, Ehrung
- Verstorbene, Nachrufe 11
- Impressum, Gedichte 12

Spenderzahl hat deutlich zugenommen!

Nach dem Hilferuf der letzten Fg haben sich viele VOSler darauf besonnen, den Verband zu unterstützen:

Kurt Selch, Margarete und Albin Lichy, Olaf Arndt, Erna Cziganowski, Hella und Harald Binder, Heinz Hoppe, Friedrich Wolf, Annerose Höfer-Kerbel, Gerhard Unger, Gabriele Reichel, Lisbeth und Günter Krause, Gerhard Penzel, Wilfriede Weigel, Manfred Grünert, Kurt Eifler, Ingeborg Karoske, Magda und Werner Mieth, Gerhard Düsterdick, Jürgen Wenzel, Gustav Rust, Waltraud Müller, Dr. Günter Brendel, Gisela und Hubert Gärtig, Sieglinde und Rudolf Novotny, Günther Blanck, Gerd Uwe Lewin, Rudolf Helzig, Wilfried Seifert, Helmuth Blaesner, Werner Friedrich, Erna und Bernhard Harz, Gerd Ahnert, Anneliese Falkowski, Erich Grebe, Gritta und Günther Mochan, Friedrich Richter, Günther Wernicke, Erik Hofmann, Ingrid und Heinz Wohlfahrt, Hans-Joachim Markgraf, Gerhard Hermann, Fritz Schaarschmidt, Günter Franzke, Gunt-ram Venus, Eberhardt Sachs, Siegfried Kleint, Siegfried Opitz, Johannes Wagner, Rainer Buchwald, Bernd Stra-te, Gisela und Edgar Wollscheit, Waltraud und Heinz Noack, Paul Ehrlich, Fritz Liebau, Friedhelm Schmorell, Günther Müller, Rosemarie Frank, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Gerald Wöhner, Monika und Lothar Hornuf, Ulrich Schnuchel, Heinz Rüdiger, Ilse und Horst Schönberg, Helmut Felbrich, Günther Nollau, Regine und Dietmar Eberhard, Dr. Klaus Rintelen, Elfriede Thoss, Marilene Bornemann, Marianne und Winfried Damman, Heinz Langmeier, Helmut Gorgas, Dr. Oswald Gürtler, Gerhard Janson, Hildegard Hielscher, Michael Faber, Günther Kowalczyk, Klaus-Ludwig Goos, Elisabeth und Artur Paschke, VOS S-A, Gerhard Milde, Erna und Helmut Padel, Hartmut Behle, Dr. Peter Gotzmann, Gerhard Wienholz, Hans-Georg Metzsch, Irene und Bruno Niedzwetzki, Liselotte und Rolf Göbel.

*Allen Genannten ein herzliches Dankeschön.
Bundesvorstand und Redakteur*



Viele Potsdamer Bürgerinnen und Bürger wollten nicht so recht an die Lungenentzündung glauben, mit der der Brandenburgische Ministerpräsident sein Fehlen bei der Demo an der Glienicker Brücke entschuldigte. Gemutmaßt wurde, der „Landesvater“ sei an Rot-Rot erkrankt. Ist Rot-Rot eine aufkommende Epidemie, die wir in vier Jahren dann auch auf Bundesebene erleben werden? Wenn ja, kann man nur hoffen, dass unsere Politiker schnell einen passenden Impfstoff finden. *Foto:* Klaus Hellenthal, Pdm., Klassische Photographie, www.6x9.de

Opferverband würdigt Beitrag der DDR-Opposition zum Mauerfall

9. November soll Gedenktag gegen politische Nostalgie werden

■ Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) daran erinnert, dass die friedliche Revolution in der DDR und die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 09. November 1989 vor allem dem jahrelangen Engagement Tausender DDR-Oppositioneller zu verdanken ist. Ronald Lässig, stellv. VOS-Bundesvorsitzender und Pressesprecher, erklärt:

„Die Selbstverbrennung von Pfarer Brüsewitz 1976 in Zeitz, die Tausenden politischen Häftlinge der DDR, die Mauertoten, die Dissidenten wie Robert Havemann, die von den Kirchen unterstützten Oppositionsgruppen in Jena, Leipzig, Berlin, Rostock und anderswo, die

Bürgerrechtler am Rande der staatlichen Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeiern 1988 in Berlin, die Montagsdemonstranten in vielen Städten der DDR 1989 – all diesen Menschen gebührt am Jahrestag des Mauerfalls unsere tiefe Hochachtung und unser Respekt. Mögen die Ereignisse im Zusammenhang mit dem 9. November verpflichtende Mahnung auch für künftige Generationen sein.“

Angesichts zunehmender Verklärung der SED-Diktatur regt die VOS an, den 9. November zum Gedenktag im Kampf gegen politische Nostalgie zu erklären. Nachdem die Stasi-Täter mittlerweile sogar das Handeln der Landesregierung in Brandenburg beeinflussen dürfen

und auch von der rechtsextremistischen Szene Gefahren für die Demokratie ausgehen, müsse die Gesellschaft verstärkt gegen jede Form extremistischer Tendenzen mobil machen. Ronald Lässig erklärt weiter: „Der 9. November steht in der deutschen Geschichte für den Mauerfall 1989, aber auch die Reichspogromnacht der Nazis 1938, mit der der systematische Massenmord an Juden und anderen Minderheiten seinen schrecklichen Anfang nahm. Auch hieran erinnern wir an diesem Tag. Gerade junge Menschen wissen viel zu wenig darüber. Deshalb ist es dringend erforderlich, im Kampf gegen jede Form von Diktatur die politische Bildung voranzutreiben.“

Zuchthaus Brandenburg – wo die Uhren langsamer tickten

Ausstellungseröffnung als erster Schritt

Wer zu DDR-Zeiten nach Untersuchungshaft und Gerichtsurteil in das Zuchthaus Brandenburg verfrachtet wurde, der durfte zu Recht mit dem Schlimmsten rechnen. Insbesondere, wenn man als politischer Häftling aus den Fängen der Stasi in den Moloch im Brandenburger Ortsteil Görden gelangte, hatte man die Gewissheit, kaum noch tiefer fallen zu können. In Brandenburg tickten die Uhren des sozialistischen Strafvollzugs noch langsamer als in anderen Haftstätten, manchmal schien es sogar, sie würden gar nicht mehr ticken. Etwa 500 wegen Mordes verurteilte Häftlinge, zahllose wegen Sittlichkeitsvergehens Inhaftierte und sonstige Kriminelle waren in überfüllten Zellen untergebracht, lieferten sich dort unter katastrophalen hygienischen Bedingungen und bar jedweder Lebensqualität einen täglichen und nächtlichen Kampf um das Überleben. Etwa fünf Prozent der Häftlinge waren wegen politischer Delikte (teilweise mit politischem und kriminellem Delikt) dort untergebracht. Sie waren auf die vier großen Abteilungen (Kommandos) verteilt und dort wiederum in unterschiedliche Zellen eingewiesen, so dass sie weitestgehend isoliert waren und nur wenig Kontakt zueinander hatten. Zugleich sahen sie sich in dieser Situation den Schikanen der dominierenden Kriminellen schonungslos ausgesetzt.

Auf die Zustände im Brandenburger Zuchthaus ist bisher wenig eingegangen worden. Da die Haftanstalt inzwischen baulich verändert wurde, ist im Innern nicht mehr nachvollziehbar, welches wirkliche Elend dort den Menschen (auch kriminell Verurteilten) angetan wurde. Die einstigen Zellen sind nun erweitert, in den vergrößerten Räumlichkeiten, wo sich früher 18 Häftlinge in Dreistockbetten aufhalten mussten, werden teilweise nur noch einzelne Gefangene gehalten. Wasser und Sanitäreanlagen sind nun modernisiert, nichts erinnert mehr an die Zustände von einst. Dies mag ein er-

forderlich gewordener Schritt zur Normalisierung und Sozialisierung sein und den heutigen Häftlingen eine bessere Rückkehr ins Zivilleben ermöglichen, es ist jedoch ein Verschweigen und Verwischen der Verbrechen, die in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR an Menschen, die nach heutigem Recht unschuldig gewesen sind, begangen wurden.

Insofern kann die Ausstellung „Aufstand hinter Gittern“, die nun in Brandenburg zu sehen ist, nur ein erster Schritt zur Aufarbeitung sein. Denn dass damals in 1989 eine kleine friedliche Revolution auch im Brandenburger Zuchthaus ablief, ging und geht weitestgehend in den Repliken auf die Massendemonstrationen und die zahllosen Statements des mittlerweile riesigen Heers selbsternannter Tapferer unter.

Nahe liegend wäre es, ebenso wie in Cottbus, auch in Brandenburg ein Menschenrechtszentrum zu gründen oder – Cottbus und Brandenburg liegen immerhin im selben Bundesland – die Brandenburger Leidenskameraden denen vom Cottbuser Menschenrechtszentrum anzuschließen und von dort mit zu betreuen.

Geschieht dies nicht, so sei allen, die für die Aufarbeitung von DDR-Geschichte Verantwortung tragen, gesagt, dass sie dann auch die Verantwortung dafür tragen, wenn hier Erinnerungen und geschichtliche Wahrheiten versanden und die einstigen Häftlinge, die es hierher verschlagen hatte, der Übertreibung bezichtigt werden.

Trotzdem kann man die nun zu besichtigende Ausstellung als eine gute Arbeit werten. Dies sei der Kuratorin Frau Ansorge und der Stiftung Brandenburger Gedenkstätten, die sich ja manchen äußerst kritischen Hinweis aus der Feder des Fg-Redakteurs gefallen lassen musste, hiermit bescheinigt und dies verbindet sich zugleich mit einem Dank und dem etwas abgenutzten Wunsch: Weiter so. *Hugo Diederich*

Neue Ideen, neue Wege, neue Interessenten

Potsdamer Forum zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte lädt Eltern und Kinder ein

(FG/AR) Viele einstige Widerständler, viele Opfer, viele Geschichtsinteressierte wissen es: Wenn es um Veranstaltungen über die Repressalien des untergegangenen SED-Staates geht, erreicht man für gewöhnlich immer nur einige ausgesuchte Besucher. Meist sind es dann selbst Betroffene oder es sind Angehörige der Veranstalter.

Das Potsdamer Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR im Bundesland Brandenburg hat sich nun für eine Veranstaltung entschieden, die sowohl Eltern wie auch Kinder im Grundschulalter ansprechen soll, entschieden. Am 8. November, einem Sonntag, am Vorabend des Mauerfalls, wurde zu einer Veranstaltung eingeladen, an der Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern teilnehmen durften. Ziel war es, durch die Vermittlung eigener Erfahrungen den Jugendlichen und Kindern Eindrücke und Kenntnisse zu vermitteln, die in der DDR – speziell in der Nacht des Mauerfalls – aus eigenem Erleben gesammelt worden sind. Auf diese Weise wurde zum einen ein familiärer Rahmen gesetzt, zum anderen sicherte diese Konstellation die Authentizität der weitergegebenen Erfahrungen ab. In Kooperation mit dem Malteser Treffpunkt wurde unter Führung und Moderation von Miriam Schneider, der Leiterin des Malteser Treffpunkts, ein Spaziergang an historischen Stätten angeboten, bei dem auch die Glienicker Brücke – gleichsam Symbol von Einheit und einstiger Trennung nicht ausgespart wurde.

Pikanterweise ist der Malteser Treffpunkt ausgerechnet im ehemaligen Potsdamer „Haus der Pioniere“ beheimatet, wo zu DDR-Zeiten alle Jahrgänge an Kindern und Jugendlichen die staatlichen Stahlgewitter politischen Drills erleiden mussten.

Das Forum zur kritischen Auseinandersetzung machte im Jahre der 20-jährigen Wiederkehr des Mauerfalls durch mehrere weitere stark frequentierte Veranstaltungen auf sich aufmerksam. A. R.

Gab es an der DDR wirklich gute Seiten?

Bielefelder Abi-Stufe äußerst interessiert an VOS-Zeitzeugen

Es war eine der besten Veranstaltungen, die das Projekt Zeitzeugen an den Schulen der alten Bundesländer erlebt hat. Die beinahe restlos besetzte Aula des Bielefelder Ratsgymnasiums, in der die komplette Jahrgangsstufe 13 am 9. November, dem heimlichen Tag der Deutschen Einheit, versammelt waren, um den drei Zeitzeugen der VOS zu lauschen und ihre keineswegs oberflächlichen Fragen nach den Zusammenhängen der Geschichte nach 1945 und den Interpretationen der gegenwärtigen politischen Lage zu stellen.

Erschienen waren drei ehemalige politische Häftlinge aus drei verschiedenen Zeitabschnitten der DDR/SBZ, die jedoch in ihren Berichten und Antworten sämtlich die gleichen Aussagen trafen, wenn es darum ging, die Gründe und die Zustände ihrer Haftzeit zu beschreiben. Umrahmt und geführt wurde die Doppelstunde vom Betreuer des Projekts Zeitzeugen seitens der Ruhr-Uni Bochum, Dr. Frank Hoffmann, der mit ausgezeichneter Rhetorik zusammen mit dem Projekt-Leiter, unserem Kameraden Detlef von Dechend, sowie dem Stufenbetreuer, Studiendirektor Reichelt, die Veranstaltung leitete und für ein nie langweilig werdendes Programm sorgte.

Dem geschichtlichen Ablauf entsprechend trat zunächst Horst Vogt aus dem benachbarten Bad Oeynhaus an das Pult, um den jungen Menschen von seiner Verhaftung und der anschließenden Zeit im Zuchthaus Bautzen zu erzählen. Kamerad Vogt war bei Kriegsende gerade mal sechzehn Jahre, er wurde trotz dieser Jugend eingesperrt und verbrachte mehr als sechs Jahre hinter den Mauern des „Gelben Elands“. Gründe für seine Verhaftung wurden ihm nicht genannt. Immer wieder versuchte er später, etwas herauszufinden, doch nicht einmal die Akten gaben darüber Aufschluss. Die Haftbedingungen, die für Angehörige der heutigen Generation unvorstellbar sind, riefen bei den Anwesenden Bestürzung und Empörung hervor. Auch dem Haftopfer selbst merkte man die Leiden von einst wieder an. Mit

dem Erzählen kehrten die Erinnerungen überdeutlich zurück.

Für die Zeit der 1970-Jahre hielt Bernd Pieper, Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Detmold, einen hervorragenden Vortrag, der bei den Schülerinnen und Schülern ausgesprochen gut ankam. Kamerad Pieper ist bereits in diesem Programm als Zeitzeuge aufgetreten. Die Gründe seiner Inhaftierung wurden in der Fg bereits beschrieben. Erfreulich an seinem Statement war, dass er auch die Zeit nach der Übersiedlung nicht ausließ und den Anwesenden erklärte, wie er sich beruflich entwickelt hat.

Interessant übrigens, dass Bernd Pieper in Bielefeld geboren ist und im Alter von fünf Jahren mit seiner Mutter in die DDR ziehen musste.

Dritter Redner und Zeitzeuge für Inhaftierungen der 1980-Jahre war Fg-Redakteur Alexander Richter, der auch außerhalb des Zeitzeugenprogramms in mehr als 100 Veranstaltungen an Schulen, bei Ausstellungseröffnungen und Lesungen über sein Schicksal und die politischen Zusammenhänge referierte.

Richter wurde 1983 zu sechs Jahren Haft verurteilt, wurde aber kurz vor Ablauf der halben Strafe freigekauft. Auch sein Vortrag fand großen Anklang, zumal er einige pikante Details aus seiner Stasi-Akte vortragen konnte – so die illegalen Hausdurchsuchungen oder die Absichtserklärung einer für das MfS spitzelnden jungen Frau, die mit ihm die Ehe eingehen wollte, um ihn noch gründlicher ausspionieren zu können.

Für die Jugendlichen war dieser Tag sicher mehr wert als manche Stunde voller Theorie. Die zahlreichen Fragen, etwa „Gab es an der DDR wirklich so viele gute Seiten, wie behauptet wird?“, konnten durch die VOS-Kameraden überzeugend beantwortet werden. Selbst nachdem der offizielle Teil beendet war, wurden die Vortragenden noch „belagert“ und mit zahlreichen Fragen überhäuft.

Man darf den Organisatoren gratulieren. Aber man muss auch fragen: Warum sind solche Veranstaltungen eher die Ausnahme als die Regel? Valerie Bosse

Das Interesse an der (wirklichen) Geschichte der DDR ist riesig

Die Schülerinnen und Schüler des Bielefelder Ratsgymnasiums warteten während und nach den Vorträgen der Zeitzeugen mit keineswegs oberflächlichen Fragen auf. Die Fg veröffentlicht nachstehend einige Fragen und Antworten mit grundsätzlicher Bedeutung

Frage:

Ist „Das Leben der Anderen“ – ein Film, der die Stasi-Mitarbeiter wirklich treffend charakterisiert?

Detlef von Dechend antwortet:

An dem Film ist wichtig, dass das Thema Staatssicherheit öffentlich und offen vor der gesamten Welt präsentiert wurde. Der Sinneswandel eines MfS-Mitarbeiters ist jedoch unrealistisch. Erstens gab es die Bereitschaft zum Überlaufen nicht, weil dem Betreffenden die Todesstrafe gedroht hätte (siehe Werner Teske). Zweitens ließ allein der ideologische Drill den Gedanken, aus Liebe die eigene Gesinnung zu verraten, gar nicht zu.

Frage:

Gab es für die Gefangenen neben psychischer auch körperliche Folter?

Horst Vogt antwortet:

Wir hatten eine Zelle, in deren Tür befand sich in Kinnhöhe ein Loch. Wenn sie mit Wasser gefüllt war, konnte man gerade noch Luft holen. Da ich nicht gerade groß bin, musste ich auf Zehenspitzen stehen, um nicht ständig Wasser zu schlucken. Bei anderen Haftkameraden habe ich gesehen, dass ihnen Streichhölzer unter die Fingernägel getrieben worden sind.

Frage:

War die DDR ein Unrechtsstaat, an dem alles schlecht war, oder gab es nicht doch auch gute Seiten?

Alexander Richter antwortet:

Man sollte zur Beantwortung der Frage nicht auf Details abstellen. Es geht zunächst um die Grundsätze und Rahmenbedingungen dieses Staates. Und die lauteten beispielsweise: Es gab keine freien Wahlen. Es gab eine Mauer, an der die eigenen Menschen bei Fluchtversuchen erschossen wurden. Es gab – trotz der gegenteiligen Behauptung Honeckers – politische Gefangene. Die Verfassung schrieb die führende Rolle der SED fest. Die Verfassung schrieb fest, dass die DDR auf immer und ewig mit der Sowjetunion verbunden sei. Es gab keine freien (nicht staatlich gelenkten) Medien und somit keine öffentliche Meinung und auch keine Pressefreiheit.

Frage:

Warum konnte man in der DDR nicht Jura studieren?

Bernd Pieper antwortet:

In der DDR konnte man zwar Jura studieren, aber dies ging nur nach einem besonderen Auswahlverfahren. Man musste vorher „bewährt“ haben und durch den Betrieb, die SED oder am besten durch die Volksarmee „delegiert“ werden. Dadurch wurde sichergestellt, dass nur absolut linientreue Bewerber Jurist werden konnten.

Frage:

Herr Pieper, Sie hatten als DDR-Bürger eine Freundin in der Sowjetunion, die Sie heiraten wollten. Warum kam es – trotz beiderseitigen Einverständnisses - zu keiner Ehe?

Bernd Pieper antwortet:

Ich war Anfang der 1970er-Jahre nach der Haft in die Bundesrepublik gekommen und hätte dieses Mädchen – sie war damals meine große Liebe – gern hergeholt. Aber in der Sowjetunion kannte man die Ausreise-Möglichkeiten, wie es sie zwischen den beiden deutschen Staaten gab, nicht. Dieses Mädchen hätte unheimlich viele Repressalien aushalten müssen, es hätte eines unglaublichen Kampfes mit den Behörden bedurft, und nicht zuletzt wäre auch die Familie zu sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Vater des Mädchens war hoher Offizier, auch er hätte durch die Ausreise der Tochter in den Westen Schwierigkeiten bekommen.

Frage:

Ist es Ihnen möglich, bei Vorträgen wie heute oder anderswo frei über die Zeit in der Haft zu sprechen?

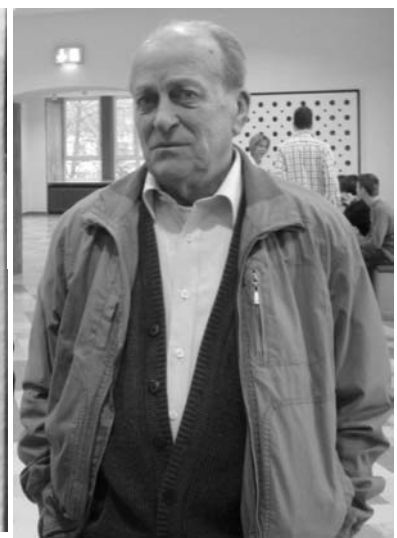
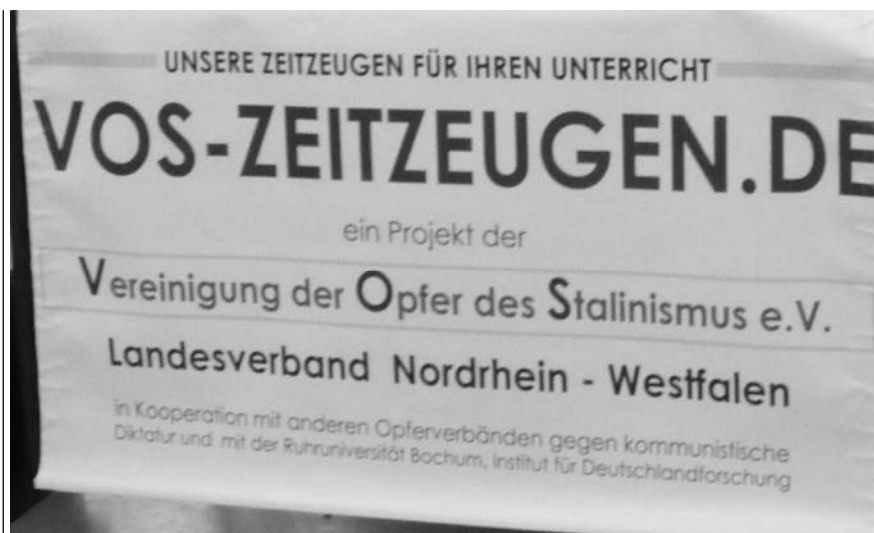
Horst Vogt antwortet:

Ich konnte zwar fast lückenlos alles berichten, was mir damals widerfahren ist, aber schon während des Erzählens und besonders jetzt, da die Veranstaltung zu Ende ist, fühle ich mich stark mitgenommen. Es ist, als hätte ich die Haft, die Verhöre und die Verfolgung noch einmal erlebt. Trotzdem ist es wichtig, dass junge Menschen erfahren, was damals passiert ist. Darum sind wir Zeitzeugen hergekommen und stehen auch weiter zur Verfügung.

Die DDR geht auch uns im Westen etwas an

Dr. Frank Hoffmann, Uni Bochum, Projektleiter, zu dieser Zeitzeugenveranstaltung

Das Zeitzeugengespräch am Ratsgymnasium Bielefeld war schon die 18. Veranstaltung unseres Projekts zur DDR-Geschichte an Schulen in Nordrhein-Westfalen. Sie entsprach ganz unserem Konzept, junge Menschen aus unserem Bundesland mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus NRW ins Gespräch zu bringen, die ganz eigene Erfahrungen in der DDR gehabt haben. Eine wichtige Idee unseres Zeitzeugenprojekts heißt „Nachbarschaft“ – die DDR liegt also zeitlich und räumlich nicht weit entfernt, sie ist vielmehr für viele Mitbürger in meiner Stadt oder der näheren Umgebung, hier zum Beispiel Bielefeld, Herford, Bad Oeynhausen, Gütersloh usw., wichtiger Teil ihrer Biographie. Diese besondere Nähe ist es, die wir vermitteln wollen: Die DDR ist ein sehr wichtiges Kapitel deutscher Zeitgeschichte, sie verlangt als politischer Streitfall genaue Kenntnis und Aufmerksamkeit - aber darüber hinaus geht sie uns auch deswegen an, weil sehr viele Menschen, die unter uns leben, von ihr betroffen waren, unter diesem System zu leiden hatten, dagegen gekämpft haben, die auch Vorbild sein können für eine demokratische Zivilgesellschaft. Aber es war am 9. November im Bielefelder Ratsgymnasium doch eine besondere Veranstaltung in mehrfacher Hinsicht. Erstmals haben wir drei Zeitzeugen mit durchaus unterschiedlichen Erfahrungen versammelt, die von den späten 1940er-Jahren bis in die Jahre kurz vor dem Mauerfall reichten. Und das besondere Erinnerungsdatum des 9. November, an dem das Gespräch stattfand, gab ihm seine ganz eigene Prägung. Mich hat vor allem beeindruckt, wie unterschiedlich die Zeitzeugen ihre Erlebnisse verarbeitet und dargestellt haben: Zuerst Horst Vogt, mit der so furchtbaren Zeit in Bautzen um 1950, als Tausende vor Hunger und Seuchen starben. ☛ Seite 7



Gefragt als Zeitzeuge: Horst Vogt

Problematik Staatssicherheit wurde anschaulich dargestellt

Fortsetzung des Kommentars von Seite 6

Er hat sehr behutsam und zögernd gesprochen. Spannend war, wie er sich dann vor allem im Nachgespräch mit den Schülern noch weiter geöffnet hat, schlimme Details erzählte, die die Schüler zutiefst beeindruckten und erschütterten. Bernd Pieper merkt man natürlich den sehr erfahrenen, umsichtigen und klar um Aufklärung und Verständnis bemühten Experten an. Aber obwohl er als Zeitzeuge und VOS-Funktionsträger sicher schon viele Vorträge und Gespräche durchgeführt hat, war auch sein Beitrag sehr lebendig und authentisch, weil er besonders seinen intellektuellen Werdegang hin zu Dissidenz und eigenständigem Denken nachvollziehbar gemacht hat. Und Alexander Richter konnte in seinem Beitrag noch einmal einen ganz neuen Zugang zeigen, weil er zum einen auf die Problematik „Staatssicherheit“ sehr anschaulich aufmerksam gemacht hat, und andererseits in seiner abgewogenen Art – vielleicht mit einem kleinen Augenzwinkern – der ganzen tragischen Geschichte doch auch fast humorvolle Aspekte abgewinnen konnte, etwa wenn er über die vergeblichen Versuche der inoffiziellen Mitarbeiterin berichtete, ihn zu umgarnen.

Der verantwortliche Lehrer, Herr Sebastian Reichelt, sagte in einem Nachgespräch, dass die Veranstaltung bei den Schülern – und auch bei den Mitgliedern des Kollegiums – auf ein sehr positives Echo gestoßen ist, so dass wir gleich schon für 2010 eine Fortsetzung ins Auge gefasst haben. Vor allem war es wichtig, dass die Schüler unmittelbar mit den Zeitzeugen ins Gespräch kamen. Alle Fragen der Schülerinnen und Schüler zeugten von einer guten Vorbereitung, viel Interesse und Einfühlungsvermögen, und sie haben die Zeitzeugen wiederholt auch aus der Reserve gelockt, und weitere Details kamen zum Vorschein. Dass wir das alles in nicht einmal zwei Stunden darstellen konnten, ist doch, glaube ich, auch ein schöner Erfolg und hat mich beeindruckt. Ich fand es großartig, wie präzise und genau die drei Zeitzeugen auch das schwierige Problem gelöst haben, innerhalb recht kurzer Zeit ihre biographischen Erlebnisse, die sie mit der DDR verbanden, auf den Punkt zu bringen.

Projektbetreuer Dr. Frank Hoffmann, Uni Bochum

Endlich weg mit alten Straßennamen

Fritz Schüler appelliert an Bundeskanzlerin

Bereits mehrfach berichteten wir von den Aktivitäten unseres Kameraden Fritz Schüler, der versucht in Strausberg eine Straße nach dem dort geborenen Widerständler Michael Gartenschläger benennen zu lassen und das Peter-Göring-Straße-Schild zu löschen. Nun suchte Fritz Schüler mit einem Brief Hilfe bei Kanzlerin Merkel: *20 Jahre nach dem Fall der Mauer, dem Scheitern der Marx'schen „Diktatur des Proletariats“ und des damit verbundenen „Klassenkampfes“ ist von objektiver Aufarbeitung wenig zu spüren. Äußere Anzeichen für diese verhängnisvolle Entwicklung sind die zahllosen Straßen, Plätze, ja sogar Denkmäler, mit denen die Wegbereiter der kommunistischen Terrorherrschaft Marx und Engels so wie deren blutige Vollstrecker verewigt sind. Krassestes Beispiel ist der Mauerschütze Peter Göring. Er hat 1962 gemeinsam mit einem anderen Posten einen 14-jährigen Flüchtling niedergeschossen, der bereits den freien Teil Berlins erreicht hatte. Mit ihrer Schießwut haben beide einen Schusswechsel mit Westberliner Polizeibeamten provoziert, die den schwer verletzten Jungen retten wollten. Dabei wurde besagter Ostberliner Grenzwächter tödlich getroffen, sein Mittäter verwundet. Zwanzig Jahre nach dem Untergang des SED-Staates heißt in Strausberg noch immer eine Straße nach dem Grenzschützen Peter Göring.*

„Ich teile Ihre Auffassung, aber ...“

Kanzlerin Angela Merkel antwortet auf Brief

Aufgrund seines Schreibens an die Bundeskanzlerin erhielt Fritz Schüler einen Antwortbrief: *Ich teile Ihre Auffassung, dass ahistorischen Versuchen, kommunistische Diktaturen und SED-Unrecht nachträglich zu verharmlosen, entschieden entgegen zu treten ist. In diesem Zusammenhang kann ich auch Ihre Kritik an der Benennung von Straßen nach Vertretern kommunistischer Ideen oder des SED-Regimes nachvollziehen. Zugleich obliegt die Benennung von Straßen und damit die Einschätzung, welchen Personen man noch eine entsprechende Würdigung zugehen möchte, den jeweiligen Kommunalvertretern. Ein gedankliches Loslösen von Symbolen des Kommunismus und exponierten Vertretern des SED-Regimes erfordert einen breiten öffentlichen Konsens über den Diktaturcharakter der DDR. Für die hier zu notwendige kontinuierliche Debatte kann eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge einen wichtigen Beitrag leisten. Daher möchte ich Sie ermutigen, Ihr Anliegen weiterhin in die Öffentlichkeit zu tragen.*

Verfahren für Entschädigungen sollen in Hessen vereinfacht werden

Anhörung im Landtag unter Teilnahme von Opfern und deren Unterstützern

Wie bereits angekündigt sollen im Bundesland Hessen demnächst die SED-Opfer mehr Unterstützung bekommen, wenn es um die Bearbeitung und Gewährung von Anträgen für Entschädigungsleistungen, Rehabilitierungen und Renten/Pensionen geht.

Auch in Sachen Vergangenheitsaufarbeitung solle vieles besser werden. So plädierte der Unterausschuss für Flüchtlinge und Wiedergutmachung des Landes Hessen in einer Anhörung, an der auch Vertreter unseres Opferverbandes und kompetente Vertreter unterschiedlicher Sachbereiche teilnahmen, im Wiesbadener Landtag einhellig für die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle, wie es sie schon in einigen der neuen Bundesländer gibt. Diese Regelung käme dann mehreren tausend in Hessen lebenden SED-Opfern zugute. Obwohl bereits 1.300 von ihnen die Ehrenpension (Besondere Zuwendung) erhalten, haben keineswegs alle Anspruchsberechtigten einen Antrag gestellt.

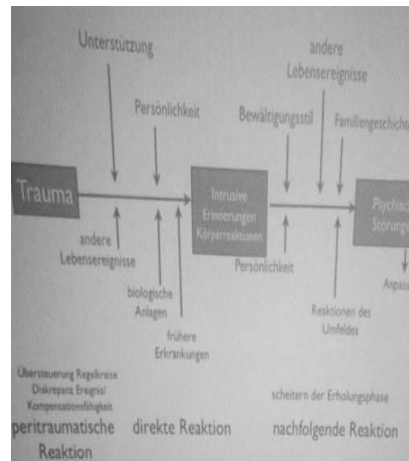
Die mangelnde Kenntnis der Behörden über die Situation der SED-Opfer führt unweigerlich zu deren Nachteilen.

Schwierigkeiten gibt es auch bei der Anerkennung von haftbedingten Gesundheitsschäden. Dies ist allerdings nicht nur für das Land Hessen zu verzeichnen. Auch in anderen westlichen Bundesländern werden Gutachten mit eigenmächtigen Verfahren erstellt. Die Betroffenen stehen diesen Situationen oft hilflos gegenüber und finden sich aufgrund mangelnder Beratungsmöglichkeiten mit Bescheiden ab, die zu Ablehnungen ihrer Anträge und zu finanziellen Einbußen führen. Die Gesetze zur Rehabilitierung und Entschädigung sind zwar durch die Bundesregierung verabschiedet worden, doch obliegt ihre Durchführung den Bundesländern. So sind dann Versorgungsämter oder Landschaftsverbände dafür zuständig. Leider fehlen den hier beschäftigten Mitarbeitern nicht selten die Kenntnisse, und dies nicht nur in fachlicher Hinsicht, sondern auch auf den geschichtlichen und politischen Gebieten. Bei der Bearbei-

tung treten dann mitunter Verzögerungen in der Dimension ganzer Jahre auf. Immer wieder berichten die Opfer, die letztlich ihre Zeit davonlaufen sehen, von Ignoranz, Rechthabereien und Anmaßungen seitens der Behörden-Mitarbeiter als Reaktionen auf ihre Nachfragen. Gegen dieses Verhalten sind viele Opfer wehrlos. Es sei denn, man nimmt anwaltliche Hilfe in Anspruch. Diese Feststellung traf in der Tendenz auch der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Gernot Grumbach, der eine Lösung des Problems in Mitarbeiterschulungen und fachgerechtem Coaching sieht.

Die Befristung der Antragstellung bis zum 31. Dezember 2011 könnte für viele Anspruchsberechtigte zum Problem werden

Auch die Befristung der Antragstellung bis zum 31. Dezember 2011 könnte zum Problem werden. Mit dem genannten Termin bleiben gerade zwei Jahre. Viele Betroffene stellten erst jetzt Anträge, die Aufarbeitung dauere jedoch länger.



Informationsquellen für Behördenmitarbeiter könnten Vorträge mit aufschlussreichen Anschauungstafeln sein, wie sie die Psychologin Dr. Ruth Ebbinghaus anbietet. (Foto: AR)

Die Wichtigkeit neuer Beratungsstellen zeige sich an der Frequentierung der bereits bestehenden Stellen wie etwa in Berlin, wo sich Opfer mit Haftverläufen, die Jahrzehnte zurückliegen, erst jetzt einfinden. Die Ursachen des langen Wartens sind jahrelange Angst, aber auch das Eintreten der Spättraumatisierung. Haftschäden oder Haftfolgen

können lange verdrängt gewesen sein, ehe sie die Betroffenen nach Jahrzehnten umso wirksamer in die Verzweiflung treiben, was mitunter bis zur Suizid-Gefährdung reicht. Ebenso wird berichtet, dass auch Kinder von SED-Opfern die Beratungsstellen aufsuchen. Dies ist allerdings eine Erkenntnis, der bisher höchstens bei NS-Opfern Beachtung geschenkt worden ist, denn auch die Nachfolgenerationen, ja sogar die der Enkel der ehemals zu Unrecht Inhaftierten leiden unter den Schäden, die bei ihren Eltern oder Großeltern durch das SED-Unrecht bewirkt wurden. Nicht selten haben einstmalig Inhaftierte als Eltern durch ihre Leiden die Entwicklung der Kinder – natürlich ungewollt – behindert. Hierzu wurden bereits in früheren FG - Ausgaben deutliche Aussagen getroffen.

Mit der Forderung der Linken nach einem Schlussstrich unter die SED-Verbrechen geht selbstredend die Behauptung einher, dass zeitgleich die Leiden der Opfer auch abgegolten seien.

Durch die ideologische Keule, mit der die Partei Die Linke die DDR und die SED mit ihren Verstößen gegen das Menschenrecht verharmlost und rechtfertigt und durch die damit verbundene Schlussstrich-Strategie, wie sie übrigens auch Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck verfißt, wird die Akzeptanz derart schwerwiegender Folgen jedoch allgemein aufgehoben. Die Aussage: Nach zwanzig Jahren muss mit der Verfolgung der Täter Schluss sein, zieht unweigerlich die Konsequenz nach sich, dass damit auch die Opfer der SED-Täter keine Haftfolgeschäden mehr anmelden dürften. Dabei ist, wie wir konkret aus den Ausführungen der Psychologin Dr. Ruth Ebbinghaus wissen, das Einsetzen oder die Wirksamkeit des Traumas nach eben diesen zwanzig Jahren gerade erst im Entstehen. Oft ist es die Spätphase, in der sich die Leiden so stark ausgewachsen haben, dass sie dann nicht mehr zu ertragen sind. Bei vielen Opfern wächst sich der psychische Druck derart stark aus, dass sie allein schon gar nicht mehr in der Lage

sind, Ansprüche auf Ausgleichsleistungen durchzusetzen bzw. ihre Beeinträchtigungen bei Gutachter-Sitzungen nicht artikulieren können oder dies aus fehlender Courage nicht wagen. Wenn sie dann auch durch ihre Ehepartner oder andere Angehörige keine Unterstützung bekommen können bzw. ihre Störungen an den Familien abreagieren, werden hier breite soziale Schäden programmiert.

Das Zeitzeugenprogramm an den Schulen kann maßgeblichen Anteil an der Vermittlung realer Geschichtskennntnisse über die DDR und den Sozialismus bekommen.

Insgesamt krankt die Einsichtsbereitschaft der zuständigen Behörden-Mitarbeiter, leider auch einiger Politiker, am fehlenden Wissen über die nun nicht mehr existierende 40-jährige stalinistisch geprägte Daseinsweise der DDR. Nur durch eine bessere Umsetzung der Rahmenlehrpläne, in denen die DDR als Geschichtsstoff vorgegeben ist, kann insgesamt eine bessere Information über die DDR erreicht werden. Eine These, die durch die VOS schon seit Langem vertreten wird. Natürlich wird seitens der Linken versucht, diese Komponente auszubremsen, da mit der Bereinigung der DDR-Lüge auch eine Demaskierung der Linken-Politik und ihrer Politiker einherginge. Maßgeblichen Anteil daran kann das



Zeitzeugenprogramm bekommen, das mittlerweile in NRW gut anläuft. Zudem brauche es mehr gesellschaftliche Anerkennung der SED-Opfer und eine umfassende Vermittlung der DDR-Vergangenheit in Schulen. Hier sind Zeitzeugenauftritte das beste Lehrmittel.

Dass die Verbesserung der Situation vor allem durch den Einsatz von erfahrenen und kompetenten Gutachtern am besten lösbar ist, meinte während der eingangs genannten Anhörung der in Eschwege sesshafte Rechtsanwalt Thomas Ill-

hardt. Erfahrene Gutachter, so Opferanwalt Illhardt, fänden sowohl bei den Opfern als auch bei deren Verbänden uneingeschränkte Akzeptanz. Dies lässt sich seitens der VOS am Beispiel von Dr. Ebbinghaus bestätigen. Illhardt empfahl daher ebenfalls eine zentrale Begutachtungsstelle oder zunächst die Erstellung einer Liste von in Frage kommenden Gutachtern.

Im gleichen Sinne äußerte sich Hildigund Neubert, Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen des Landes Thüringen. Nach ihrer Erfahrung würden Beratungstage vor Ort sehr gut angenommen, dazu könne man Anlaufstellen in Sozialverbänden vor Ort einrichten. Frau Neubert (Foto: Fg-Archiv) ging in ihrem Beitrag deutlich auf die Situation der ehemaligen Häftlinge in den bisher geführten Gutachter-Gesprächen ein. Allein die Pflicht, den Nachweis antreten zu müssen, dass Gesundheitsschäden auf die

Die Beratungen sollten näher an den Wohnorten stattfinden.

Haft zurückzuführen seien, stelle die Opfer vor Probleme. Unglauben und Zweifel schlugen ihnen nicht selten entgegen. Dass durch diese Art der Begutachtung die Würde der Antragsteller beeinträchtigt werde und es zuletzt noch zu aufwändigen Gerichtsverfahren komme, befand die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Hessen, Kordula Schulz-Asche.

Entgegenkommend für die Opfer könnte auch wirken, wenn Beratungen näher an den Wohnorten der Antragsteller stattfänden. Dies meinte der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Dieter Franz. Bei mehr (räumlicher) Nähe fänden die Betroffenen eher Mut, sich für Gespräche zu öffnen.

Insgesamt kann man als SED-Opfer mit vorsichtigem Optimismus auf weitere, wenn auch nur leichte Verbesserungen warten. Mag es wohl sein, dass sich die Politik angesichts der zunehmenden Alterssituation unter den ehemaligen politischen Häftlingen von SBZ und DDR in absehbarer Zeit zu Verbesserungen durchringt, so heißt dies längst nicht, dass von heute auf morgen neue Beschlüsse oder Gesetze umgesetzt werden können. Bis die Behörden, an denen die Verfah-

ren letztlich nicht vorbeigehen, ihre eingefahrenen Gleise und die Art, in der sie die SED-Opfer oft genug behandelt, aufgegeben haben werden, wird dann sicher noch eine Menge Zeit vergehen. *A. Richter*

+++ Kurzmeldungen +

Knabe fordert zentrales Denkmal für DDR-Opfer

Dass die Opfer des Kommunismus der ehemaligen DDR nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten, stellte Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, in einem Pressegespräch fest. Knabe forderte daher ein zentrales Denkmal für die Opfer der DDR-Diktatur in der Mitte Berlins. Die bestehenden Mahnmale lägen für gewöhnlich zu versteckt und würden nur an die Opfer der Mauer erinnern - und nicht an die vielen anderen, deren Leben ebenfalls zerstört wurde.

Bundesverdienstkreuz für verdiente VOS-Kameraden

Die VOS freut sich mit ihren Mitgliedern Heinz Schwollius aus Stuttgart und Benno von Heynitz aus Weilburg (Hessen). Beide sind seit Jahrzehnten Mitglieder unseres Verbandes. Für ihre aufopferungsvolle Mitarbeit erhielten sie nun das Bundesverdienstkreuz unseres Landes. Vorstand und Redakteur gratulieren und wünschen weiter gute Mitarbeit in der VOS.

Merkel nimmt Schirmherrschaft nicht an

Kanzlerin Angela Merkel wird nicht als Schirmherrin für die Generalversammlung der VOS im April 2010 zur Verfügung stehen. Sie nahm die ihr angetragene diesbezügliche Bitte aus Zeitgründen nicht an, würdigte jedoch die Arbeit des Opferverbandes.

VOS-Bundesvorstand nach Briefwahl wieder komplett

Neuer Stellvertreter des VOS-Bundesvorsitzenden ist seit 05. Oktober 2009 Kamerad Ronald Lässig. Er wurde per Briefwahl mit 92% in dieses Amt gewählt. Seine bisherige Funktion als Pressesprecher der VOS führt er in Personalunion fort. Ebenfalls wurden zwei Satzungsänderungen beschlossen. *(Siehe nächste Fg)*

Zuvor hatten sich die Delegierten mit 97% dafür ausgesprochen, die Briefwahlen zu diesen Fragen durchzuführen.

Über die Verschleppten und zu Tode Gekommenen

Autorinnen legen neuen Band aus der Schriftenreihe „Abgeholt und verschwunden“ vor

Anlässlich des diesjährigen Volkstrauertages und des bevorstehenden 60. Jahrestages der Auflösung der letzten sowjetischen Speziallager im Januar 1950 in der DDR stellten die Autorinnen Edda Ahrberg (langjährige LStU-Beauftragte in Sachsen-Anhalt) und Dorothea Harder das neue Buch aus der bewährten Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. – Landesgruppe Sachsen-Anhalt vor. Wie bereits im ersten Band werden auch hier ausführlich Schicksale von unschuldig Verschleppten aufgezeigt.

Diese Broschüre, deren Erstellung und Druck vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt gefördert wurde, erscheint 2009 in einem Jahr, in dem wichtiger Zäsuren der deutschen Geschichte herausragend gedacht wird. Das sind unter anderem der Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939, die Verabschiedung des Grundgesetzes und die Gründung von Bundesrepublik und

DDR 1949. Mit allen diesen Ereignissen hängen die vorgestellten 25 Schicksale unmittelbar zusammen.

Die vorliegende Broschüre möchte kurz vor dem 60. Jahrestag der Auflösung der letzten sowjetischen Speziallager in der DDR im Januar 1950 die Geschichte einzelner Personen aus dem Norden Sachsen-Anhalts in Erinnerung rufen, die unmittelbar nach Kriegsende im Sommer 1945 festgenommen wurden und die menschenverachtenden Haftbedingungen in den Speziallagern unverurteilt nicht überlebten. Ihre Angehörigen erhielten meist erst nach dem Ende von DDR und Sowjetunion Dank des DRK-Suchdienstes genauere Informationen über die Sterbeorte und Todesursachen.

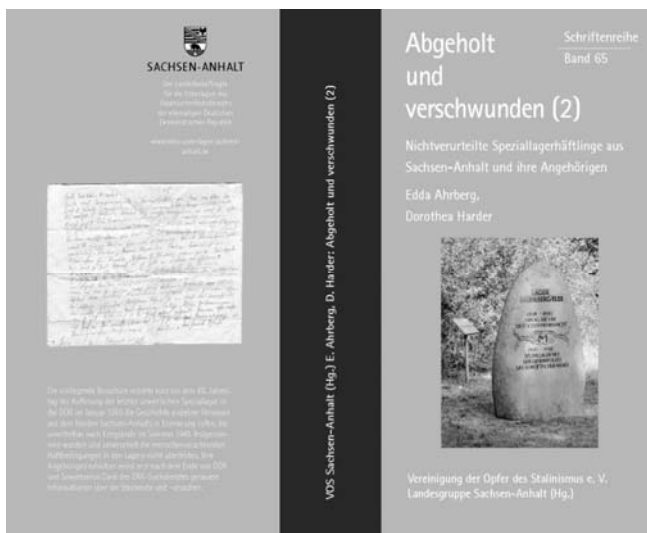
Mit der Dokumentation ist die Hoffnung verbunden, dass es endlich gelingen möge, diese Menschen, die zu denen gehören, die die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg mit ihrem Leben bezahlten, angemessen in die Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur aufzunehmen. Wir möchten alle ermutigen, sich mit den Ereignissen in ihrer Heimat zu beschäftigen und

die wenigen noch lebenden Zeitzeugen daraufhin zu befragen.

Die Broschüre ist am 14. November 2009 auf der alljährlich am Vortag des Volkstrauertages stattfindenden Gedenkveranstaltung der Verfolgtenverbände Sachsen-Anhalts vorgestellt worden, die mit einer Kranzniederlegung um 11 Uhr an der ehemaligen Magdeburger Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit (Umfassungsstraße 76) begann. Der 14. November ist gleichzeitig der Todestag des Schönebecker Bürgermeisters Dr. Kurt Bauer, der 1945 im Speziallager Ketschendorf starb. Sein Schicksal wird in der Dokumentation näher beschrieben.

Johannes Rink Bundes- und Landesvorsitzender der VOS

Edda Ahrberg, Dorothea Harder:
Abgeholt und verschwunden (2)
Nichtverurteilte Speziallagerhäftlinge aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen
Schutzgebühr: 136 S., 3,00 €
Zzgl. Versandkosten
Bezugsanschrift: Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., PF 180249 39029 Magdeburg
EMail: vos-md@t-online.de



Hubertus Knabe erhält Bundesverdienstkreuz am Bande

Ermutigung für alle, die um Aufarbeitung der SED-Diktatur bemüht sind

Am 16. November erhielt der Direktor der Gedenkstätte für die Stasi-Opfer Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, vom Bundespräsidenten Deutschlands das Bundesverdienstkreuz am Bande. Damit werden zum einen der Mut und die Konsequenz, mit denen Knabe die Verbrechen der SED und ihrer gewissenlosen Handlanger vom MfS beim Namen anprangert, gewürdigt, zum anderen gibt die Auszeichnung allen Hoffnung, die sich bislang nicht artikulieren konnten, die aber in der DDR oder der SBZ zu leiden hatten. Die Geschichte der von den Sowjets nach 1945 besetzten Gebiete ist nach wie vor nicht aufgearbeitet. Hubertus Knabe hat jedoch gezeigt, dass man davor nicht zurückschrecken darf oder muss.

Die VOS, die selbst seit nunmehr sechs Jahrzehnten immer wieder eine entscheidende Rolle im Kampf für Freiheit und Demokratie in Deutschland spielte, gratuliert herzlich zu dieser Auszeichnung. Weiterhin soll es unser Ziel sein, gemeinsam mit Dr. Knabe das Gedenken an begangenes Unrecht beim Namen zu nennen und die Opfer von Haft und Verfolgung zu ehren.

Bundesvorstand, Redakteur

Zitat:

„Sie sind ein politisches Leichtgewicht!“
Jürgen Trittin, B'90/Die Grünen über Angela Merkel in der Bundestagsdebatte am 10.11. 2009

Gedenken:

Bei dem Besuch von sechzig ehemaligen politischen Häftlingen des SED-Regimes in Cottbus legten Mario Röllig (VOS) und der Chef der Staatskanzlei Brandenburgs, Clements Appel einen Kranz nieder.

Die neue Mauer von Schönberg – Kunst, Gedenken und Ablehnung

In einem kleinen Ort in Mecklenburg spielen sich interessante Dinge ab

Schönberg in der DDR – 15 Kilometer von der innerdeutschen Grenze entfernt – kannte jeder im mittleren Norddeutschland. Bekannt geworden war es durch seine Mülldeponie, denn Hamburg und die umliegenden Kommunen verfrachteten ihren Müll gegen harte Devisen in die DDR.

Jetzt rückt Schönberg – der Ort hat 4.400 Einwohner – wieder in den Fokus der Öffentlichkeit, weil hier erneut eine Mauer steht. Ein Mauermahnmal, aufgebaut von Helmut Preller, einem aus dem „Wessi-Land“ zugewanderten Künstler, der auch als der Hubertus Knabe dieses Ortes bezeichnet wird. Aus Spanplatten und Stacheldraht hat Preller (58) diese Mauer in der Größe von 3,70 mal 20 m auf seinem Grundstück, das direkt an der Durchfahrtsstraße nach Lübeck liegt, errichtet. Sie trennt, und sie ist ein Hilferuf im Kampf gegen die Systemträger und die Altkader der untergegangenen DDR.

Helmut Preller initiierte die Absetzung des Bürgermeisters Michael Heinze (Die Linke), Ex-Stasi-IM, früher Stabschef des Grenzregiments Sechs und später Regimentskommandeur. Heines Vergangenheit scheint die Bürgerinnen und Bürger des Ortes offenbar nicht zu stören, denn er erhielt im Juni bei den Kommunalwahlen 72 Prozent der Stimmen – ein Ergebnis, um das ihn fast jeder Kommunalpolitiker in Deutschland beneiden wird. Die Vergangenheit bleibt indessen un-

auslöschlich, dafür sorgte vor allem der zugereiste Helmut Preller, und er bekam auch prompt die Quittung für seine Aufdeck-Initiativen. Sie bestand in Drohungen und Anzeigen. Abgesehen davon hat sich der aus Hamburg stammende „Wessi“ bei jenen Leuten im Ort, die die Vergangenheit lieber begraben wissen möchten, unbeliebt gemacht. Selbst die von ihm errichtete Mauer wurde bereits beschmiert.

Nach Absprache mit dem Bundesvorstand fuhr die Bezirksgruppe Hamburg am 9. November nach Schönberg und legte einen Kranz für die Grenztoten an der Mahnmalmauer nieder. Mit zehn Schrifttafeln, die gleichfalls an der Mauer befestigt wurden, wurde unsere Demonstration unterlegt. Die Schrifttafeln wurden an der unteren Mauerseite aufgestellt. Sie sind auf dem Foto (brauner Grund, weiße Schrift, deutlich zu sehen). Sie erinnern mit prägnanten Informationen an die Menschen, die an der innerdeutschen Grenze ihr Leben gelassen haben. So werden für die Mauer in Berlin 136 Opfer genannt, für das gesamte Bundesgebiet sind 1.347 angegeben. Aufgeführt werden auch die Namen des noch im Februar 1989 erschossenen jungen Chris Gueffroy und von Günter Lilfin, der am 24. August 1961 21-jährig zu Tode kam. Auf einer anderen Tafel wird gefordert: Keine Jubiläumsfeier 2009, ohne dass der Mauertoten gedacht wird. Auch an die Unbe-

kannten, deren Verschwinden nicht in der Öffentlichkeit bekannt wurde, wird hier erinnert. Man bedenke, dass allein auf der Ostsee eine unbekannte Zahl an Menschen, die die Gefahren der offenen See unterschätzten, ertranken oder dass bereits im Vorbereich der grünen Grenze Flüchtlinge abgeschossen werden konnten, von deren Tod der Westen nichts mitbekam. Unser Erscheinen wurde in Schönberg aufmerksam registriert, vom NDR-Fernsehen gefilmt und ein Interview wurde gegeben. Der Beitrag wurde am 10. November 2009 im NDR Fernsehen Mecklenburg-Vorpommern gesendet. Der Beitrag wurde in der Tat am 10. November gesendet. Auch in der anschließenden Feier der Nordländer in Zarrentin wurde der Opfer und der politisch Verfolgten des SED-Regimes wenig gedacht. Aufmerksamkeit erregte aber unser Kamerad Jürgen Wenzel bei der Verteilung von Flugblättern. In unseren Herzen bewegte sich jedoch die Erinnerung an die Widerständler und Freiheitskämpfer, welche schon frühzeitig, lange vor dem Mauerfall, an den Grundfesten des Kommunismus gerüttelt hatten. Ohne ihren heldenhaften Einsatz wäre die friedliche Revolution mit allem Ruhm, die nun die euphorisch Gefeierten des 9. November genossen, niemals so abgelaufen.

Uwe Rutkowski, VOS Hamburg



Wir trauern um

Eva Schmidt
Dr. Erich Smetka
Christa Rachow
Gertrud Burck
Emil Behnke
Klaus Falow

Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Hamburg
Bezirksgruppe Schwerin
Bezirksgruppe Leipzig
Bezirksgruppe Prenzlau
Bezirksgruppe Ulm

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

„Mauerstücke“ in der Freiheitsglocke Ein Gedicht und ein Lied zum Mauerfall 1989

Wo ist Die Mauer geblieben?

Ein bis heute aktuell gebliebenes Gedicht

Die Mauer sollte in 50 oder 100 Jahren noch stehen,
Doch im Herbst '89 ist das Wunder geschehen.
Mit der friedlichen Revolution kam die Wende
Für den antifaschistischen Schutzwall das Ende.
Durch die Mauerspechte entstanden große Lücken,
Machten ein passables Geschäft mit diesen Bruchstücken.

Der Abriss erfolgte auf seltsame Weise
So gingen Mauerelemente auf große Reise.
Mit Frachtpapieren als Bauschutt deklariert,
Zum Versteigern nach Monaco transportiert.
Ein zahlungskräftiges, illustres Publikum aus aller Welt
Ersteigerte buntbemalte Mauerteile für viel Geld.
Auch die Präsidenten Bush und Reagan erhielten
ihr Mauerstück.

Ebenso die CIA und die J.-F.-Kennedy-Bibliothek.
Ob diese Liebhaber und Sammler daran dachten,
Wie viel Unrecht, Leid und Tod diese Teile einst brachten?
Zu einem nützlichen Zweck ist der größte Teil geendet,
Zerschreddert und zum Straßenbau verwendet.
Als Mahnmal ließ man ein paar Teile stehen,
So sind sie im Stadtbild noch zu sehen.
Bei einigen Leuten in Ost und in West
Die Mauer in den Köpfen noch Bestandteil ist.
Und jene, die würden es lieber sehen,
Würde die Mauer wieder entstehen.
Diese Dummheit könnte man auskurieren,
Im Stasi-Knast, hinter Eisentüren!

Gisela Lotz

Berlin, Berlin, Berlin

Die heimliche Kulthymne auf den Mauerfall

Ick kann jetzt wieder S-Bahn fahr'n
janz frei, durch janz Berlin
Ick komm' jetzt mit'n Autobus von Zoo nach Neuruppin
Ick muss jetzt nich mehr Schlange stehn für ne Autotür
Ick loof durchs Brandenburger Tor, gleich bin ick bei dir

Die Mauer, die is umjefalln, die Stücke sind verkooft
vorbei is' mit die Tyrannei, der Zorn is bald verroocht
Ick atme wieder frei Luft, die Stadt jehört jetzt mir
Ick loof durchs Brandenburger Tor, gleich bin ick bei dir

Und wenn ick in die Zukunft schau, denn fürchte ick mir nich
Die Uhren wurden umjestellt, die Zeiten ändern sich
Mich werden meine Enkel fraaren: „Opa, stand'st du hier?“
Vor dem Brandenburger To, damals nachts um vier ...

*Getextet, vertont und auf Wunsch auch vorgetragen von:
Rainer Schottländer („Schotti“), www.Schottie.de*

9. November 2009: auch Trittbrettfahrer

Ein nüchternes Fazit von Ewald Kurbiuhn, Zittau

☑ Der Zug in die Deutsche Einheit ist schon lange abgefahren und angekommen. In einer kleinen Stadt im Osten unseres Vaterlandes versuchten einige Trittbrettfahrer noch nachträglich aufzuspringen, indem sie eine Kerzendemo veranstalteten.

Als wir 1989 auf die Straße gegangen sind, war die Angst unser ständiger Begleiter. Am 9. November 2009 liefen im Demonstrationzug Menschen mit, vor denen wir damals Angst hatten. Die echten Patrioten haben es abgelehnt, an dieser Klammuk-Veranstaltung teilzunehmen und im kleinen Kreis unsere wiedererlangte Freiheit gefeiert. *Ewald Kurbiuhn*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon / AB: 030 - 2655 23 80 und 030 - 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (686) erscheint im Dezember 2009.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 685: 16. Nov. 2009